

**Offener Brief an die Geschäftsführung
der Verlagsgruppe M. DuMont Schauberg,
z.Hd. Herrn Heinz Kiegeland,
der dd_vg, z.Hd. Herrn Jens Berendsen
und DuV, Herrn Karlheinz Kroke**

Sehr geehrte Herren,

vor einem Jahr wurde mit viel Einsatz, Engagement und etlichen Entbehrungen der Kolleginnen und Kollegen das Projekt Tabloid der Frankfurter Rundschau auf den Weg gebracht.

Wenige Monate zuvor wurde zwischen Betriebsrat und Geschäftsführung der DuV eine Betriebsvereinbarung (Interessenausgleich) unterzeichnet.

In schwierigen, aber aus unserer damaligen Sicht letztendlich konstruktiven Verhandlungen konnte ein Ergebnis erzielt werden, das laut Geschäftsführung „die Grundlage für eine bessere Zukunft der FR darstellt“. Wieder hatte die Belegschaft Vorleistungen und Opfer gebracht, die nun endlich zum Erfolg führen sollten.

Aber schon etwas mehr als ein Jahr später - die Betriebsvereinbarung ist noch gar nicht vollständig umgesetzt - verabschiedet sich die Geschäftsführung von wesentlichen Punkten dieser Vereinbarung.

Ein Geschäftsführer hatte den Kolleginnen und Kollegen des Rechnungswesens persönlich zugesagt, dass ihre Arbeitsplätze erhalten bleiben, wenn die EDV ausgegliedert werde. Diese Zusage ist nichts mehr wert, denn nun will man alle Mitarbeiter aus diesem Bereich und dem Controlling entlassen.

Die vertraglich vereinbarte Einstellung von zwei Auszubildenden (Mediengestalter) wurde bis heute nicht umgesetzt. Dies ist ein weiterer eklatanter Wortbruch dieser Geschäftsführung.

Bereits im Oktober 2007 hat der Betriebsrat die Geschäftsführung aufgefordert, mit ihm konstruktive Gespräche über die Planungen im Unternehmen zu führen. Darauf ist die Geschäftsführung nicht eingegangen. Sie präsentierte dann aber am 10. April 2008 das „unternehmerische Konzept“ der FR-Design GmbH, das keinerlei wirtschaftliche Daten, Fakten und Analysen beinhaltet.

Bei keiner Bank der Welt würde man bei Vorlage dieses sogenannten „unternehmerischen Konzepts“ auch nur einen Cent erhalten.

Diese Geschäftsführung hat bisher alle angekündigten wirtschaftlichen Rahmendaten, die sie seit ihrem Amtsantritt verkündet hat, verfehlt. Sie hat auch im Führungsbereich keine nennenswerten Einsparungen trotz anderslautender Versprechungen vorgenommen. Nein, im Gegenteil: die Kosten wurden hier sogar noch erhöht.

Wichtiges, notwendiges Vertrauen in die Worte, Taten und Handlungen dieser Geschäftsführung und der verantwortlichen Gesellschafter wurde so in der Belegschaft verspielt. Zudem wurde die innerbetriebliche Kultur des Miteinanders in der Frankfurter Rundschau systematisch von dieser Geschäftsführung zerstört.

Wer permanent das Recht der Arbeitnehmer und ihrer Interessensvertretung mit Füßen tritt und dies als Kavaliersdelikt abtut, der handelt nicht im Geiste von Karl Gerold.

Ernsthafte Verhandlungen mit Betriebsrat und Gewerkschaft über berechnete Forderungen nach sozialer Absicherung oder nach Alternativen zu den bisher vorgeschlagenen Maßnahmen, insbesondere für die von Kündigung betroffen Kolleginnen und Kollegen, wurden bisher verweigert.

Dass diese Fakten nicht ohne Widerstand der Belegschaft hingenommen werden, versteht sich von selbst.

Unsere Frankfurter Rundschau darf nicht nur nach außen als links-liberale Tageszeitung wirken, sondern hat auch eine soziale Verantwortung ihren Mitarbeitern gegenüber.

Dies vor dem Hintergrund, dass bereits über tausend Stellen in der Frankfurter Rundschau abgebaut wurden und die Belegschaft bis heute Verzicht in zweistelliger Millionenhöhe leistet.

Sie als Gesellschafter tragen eine herausgehobene Mitverantwortung auch für negative Entwicklungen und deren Auswirkungen in unserem Haus.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wollen keine Zerschlagung der Frankfurter Rundschau und keine weiteren betriebsbedingten Kündigungen. Sie wollen, dass Sie die Pläne, die Sie bereits jetzt für weitere Maßnahmen in den Schubladen haben, auf den Tisch legen und mit uns in einem wirklichen Miteinander nach Lösungen für die Zukunft suchen.

Wir fordern Sie als Anteilseigner auf, sich der Verantwortung für unser Haus zu stellen und die Politik der Irrwege und der Salamitaktik zu beenden. Wir fordern Sie weiterhin auf, mit uns über ein langfristiges, strukturiertes, verbindliches Konzept zu verhandeln, das den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wieder eine Perspektive ohne Existenzangst gibt.

Wer die Zukunft der Frankfurter Rundschau wirklich im Auge hat, der sollte bereit sein, einen solchen Schritt offen anzugehen.

Die Belegschaft, der Betriebsrat und die Gewerkschaft sind dazu bereit, aber wir betonen auch, dass wir es nicht hinnehmen werden, wenn Sie weiterhin einseitig Fakten schaffen. Die Beteiligung der Kolleginnen und Kollegen an den bisherigen Warnstreiks dürfte dies hinreichend unterstrichen haben!

Betriebsrat und ver.di Vertrauenskörper im Druck- und Verlagshaus

Ingrid Eckert
Betriebsratsvorsitzende

Marcel Bathis
Vertrauenskörperleitung